

Sozialstaat

Armut bekämpfen

Armut ist in Deutschland kein Randproblem mehr, sondern ein großes gesellschafts- und sozialpolitisches Problem: Die Armutsgefährdungsquote ist auf den alarmierenden Wert von 15,8 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass jeder Sechste in Deutschland an der Armutsgrenze lebt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Großem Reichtum steht wachsende Armut gegenüber.

Der SoVD fordert:

- Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist zu verringern.
- Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Ressourcen durch die Steuerpolitik sind zu verändern.
- Die Sozialversicherungssysteme sind zu stärken.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

1-1a

Sozialstaat

Existenzminimum gewährleisten

Es ist ein grundlegendes Verfassungsrecht, jedem Menschen in Deutschland eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Der SoVD fordert:

- Die Regelsätze nach Hartz IV müssen neu bestimmt werden.
- Behinderte volljährige Menschen dürfen bei der Höhe der Regelbedarfe nicht weiter benachteiligt werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Einseitige Belastungen der Versicherten abschaffen

In den letzten Jahrzehnten war die Gesundheitspolitik geprägt von dem Versuch, Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu lösen. Dazu wurden verschiedene Steuerungsinstrumente entwickelt, die die Inanspruchnahme von Leistungen an Eigenbeteiligungen der Versicherten knüpften. Das Beispiel der mittlerweile abgeschafften Praxisgebühr hat dabei gezeigt, dass die erhoffte Steuerungswirkung nicht eingetreten ist.

Der SoVD fordert:

- Abschaffung der Zuzahlungen für die Inanspruchnahme von Leistungen (zum Beispiel im Krankenhaus),
- Abschaffung der Aufzahlungen/Eigenanteile für bedarfsdeckende Leistungen (unter anderem beim Zahnersatz),
- Beseitigung der einseitigen Belastungen durch Aufnahme bedarfsdeckender Leistungen (zum Beispiel Sehhilfen).

Bedarfsgerechtes Leistungsspektrum in der Krankenversicherung gewährleisten

Das Ziel eines solidarischen Gesundheitssystems muss es sein, dass alle Versicherten ungehinderten Zugang zu den Leistungen haben, die für eine bedarfsgerechte Versorgung erforderlich sind, um ein Höchstmaß an Gesundheit zu erreichen. Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll damit stets mehr sein, als eine reine Grundversorgung.

Dabei muss sichergestellt sein, dass diese Leistungen zugleich den aktuellen Stand der Wissenschaft darstellen.

Der SoVD fordert daher:

- bedarfsnotwendige Leistungen in das Leistungsspektrum einzugliedern,
- das Leistungsspektrum an den medizinischen Fortschritt anzupassen,
- eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen.

Altersarmut wirksam bekämpfen

Es ist allgemein anerkannt, dass die Rentnerarmut künftig wieder wachsen wird.

Der SoVD hat schon im Jahr 2007 ein umfassendes Konzept zur Vermeidung von Altersarmut vorgelegt. Damit der wachsenden Altersarmut wirksam begegnet werden kann, sind zielgenaue und systemgerechte Maßnahmen erforderlich, die an den Ursachen des Problems ansetzen.

Der SoVD fordert:

- Maßnahmen für einen besseren Aufbau von Rentenansprüchen in der Erwerbsphase,
- Maßnahmen für bessere Rentenleistungen in der Bezugsphase,
- Einführung von Rentenfreibeträgen in der Grundsicherung.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

3-3a

Gesundheitspolitik

Die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung entwickeln

Für den SoVD ist, abgeleitet aus den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung eine vorrangige sozialpolitische Aufgabe des Staates. Zur Erreichung dieses Zieles hat sich die solidarische Krankenversicherung in Form der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den knapp 130 Jahren ihres Bestehens bewährt.

Der SoVD fordert, dieses System unter solidarischen Gesichtspunkten zu einer leistungsfähigen Bürgerversicherung weiterzuentwickeln und deshalb

- alle Bürgerinnen und Bürger in einem Versicherungssystem zu versichern,
- den Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozentpunkten abzuschaffen, um damit die paritätische Beitragsfinanzierung wieder herzustellen,
- die Beitragsbemessungsgrenze zumindest) auf das Niveau der Rentenversicherung anzuheben und weitere Einkunftsarten (z. B. Einkünfte aus Kapitalerträgen) einzubeziehen,
- die Leistungen bedarfsgerecht und zuzahlungsfrei auszugestalten.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen

Der permanente Wertverfall bei den Renten und der damit verbundene schleichende soziale Abstieg von Rentnerinnen und Rentnern muss gestoppt werden!

Deshalb fordert der SoVD eine Rückkehr zu lohnorientierten Rentenanpassungen:

- Es muss gewährleistet sein, dass Rentnerinnen und Rentner an der allgemeinen Lohn- und Wohlstandsentwicklung beteiligt werden.
- Die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel (Riester-Faktor, Beitragssatzfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor, Nachholfaktor) müssen gestrichen und die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung muss abgeschafft werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

3-1a

Soziale Sicherheit bei Erwerbsminderung verbessern

Das Armutsrisiko von Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentnern ist in den letzten Jahren unübersehbar gestiegen. Der SoVD hat deshalb schon 2011 einen Fünf-Punkte-Plan für eine Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes vorgelegt.

Der SoVD fordert:

- Erwerbsminderung durch Prävention und Rehabilitation verhindern.
- Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten abschaffen.
- Zurechnungszeiten um drei Jahre verlängern.
- Gleichen Zugang zur Grundsicherung für alle voll erwerbsgeminderten Menschen.
- Alle Leistungsverbesserungen müssen sowohl für Neurentnerinnen und -rentner als auch für Bestandsrentnerinnen und -rentner gelten.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

3-2

Pflege-Bürgerversicherung einführen

Der SoVD setzt sich dafür ein, die gesetzliche Pflegeversicherung zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterzuentwickeln.

Der SoVD fordert:

- Alle Bürgerinnen und Bürger müssen in einem Versicherungssystem versichert werden.
- Die Beitragsbemessungsgrenze muss angehoben werden.
- Weitere Einkunftsarten müssen in die Beitragsberechnung einbezogen (z. B. Einkünfte aus Kapitalerträgen).
- Die durch Einführung der Pflege-Bürgerversicherung freiwerdenden finanziellen Mittel müssen für bedarfsgerechtere Leistungen eingesetzt werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

5-1a

Häusliche Pflege stärken

Pflegebedürftige Menschen wollen überwiegend zu Hause gepflegt werden.

Eine Stärkung der häuslichen Pflege ist dringend nötig.

Deshalb fordert der SoVD:

- Die finanziellen Mittel müssen insbesondere für die ambulante Pflegesachleistung erhöht werden.
- Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen unabhängig und individuell beraten und begleitet werden.
- Alternative Wohn- und Betreuungsformen müssen ausgebaut werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einführen

Alle Menschen mit Pflegebedarf haben das gleiche Recht auf eine würdevolle und eine qualitativ hochwertige Pflege.

Deshalb fordert der SoVD:

- Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss reformiert werden.
- Leistungsbezieher dürfen durch die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes nicht schlechter gestellt werden.
- Die Einführung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes darf nicht unter der Vorbedingung der Kostenneutralität stehen.
- Mit der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs muss nach der Bundestagswahl unverzüglich begonnen werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

5-3a

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt wieder regulieren

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahrzehnten hat sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fatal ausgewirkt: Unbefristete sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsstellen verschwinden, der Missbrauch von Teilzeitarbeit, Minijobs, befristeter Beschäftigung, Leiharbeit oder Werkverträgen nimmt zu.

Der SoVD fordert:

- Der Niedriglohnsektor muss mit der Einführung von Mindestlöhnen bekämpft werden.
- Für die geringfügige Beschäftigung und die Beschäftigung in der Gleitzone (Mini- und Midijobs) ist die volle Sozialversicherungspflicht einzuführen.
- Der Missbrauch von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen ist zu unterbinden. Derartige prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zugunsten von sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnissen eingegrenzt werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Inklusive Bildung für Kinder mit Behinderungen sicherstellen

Es ist in Deutschland noch immer nicht selbstverständlich, dass Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern lernen können. Stattdessen dominiert, gerade im Schulbereich, weiterhin das Lernen in separierenden Sonderschulen.

Der SoVD fordert:

- Behinderte Kinder haben ein „Recht auf Regelschule“. Dieses Zugangsrecht muss anerkannt und in der Praxis gewährleistet werden.
- Regelschulen müssen in der Lage sein, bestmögliche Lernbedingungen auch für Kinder mit Behinderungen zu schaffen. Die erforderlichen Veränderungsprozesse an den Schulen sind bundesweit zielgerichtet zu initiieren, zu unterstützen und professionell zu begleiten.
- Inklusion braucht Qualität und darf nicht als „Sparmodell“ missbraucht werden.

Eingliederungshilfe – mehr Selbstbestimmung statt Kostendämpfungsdebatte

Die Eingliederungshilfe soll reformiert werden. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unterbreitete 2012 konkrete Vorschläge. Neue Dynamik erhielt die Debatte, seit der Bund im Fiskalpakt 2012 seine Bereitschaft erklärte, sich an den Kosten der Eingliederungshilfe zu beteiligen. Nach der Bundestagswahl soll das Projekt angegangen werden.

Hierfür fordert der SoVD, folgende Zielsetzungen zu beachten:

- Ja zu individuell bedarfsgerechten Leistungsansprüchen, Nein zu pauschalierten Leistungen (Bundesteilhabegeld),
- stärkere Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Eingliederungshilfe,
- Einsparreform verhindern: keine Reform zulasten der Rechte Betroffener, Wunsch- und Wahlrecht stärken statt abbauen,
- Übergänge von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern und unterstützen, Rückkehrrecht jedoch sichern, keine Absenkung fachlicher Standards.

Öffentliche Haushalte stärken

Durch die jahrzehntelange Politik des Umverteilens von unten nach oben hat sich die öffentliche Armut ausgebreitet. Einer immer größeren Zahl von Städten und Kommunen fehlt es an finanziellen Mitteln für notwendige Maßnahmen und Investitionen im Bereich der Daseinsvorsorge.

Der SoVD fordert:

- Städte und Kommunen müssen in der Lage sein, in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung und Wohnen zu investieren und diese in qualitativer und quantitativer Hinsicht auszubauen.
- Erforderlich ist eine gerechte Verteilung der Abgabenlast auf die Gesamtheit der Steuerpflichtigen – entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit. Ebenso notwendig ist die Stärkung der öffentlichen Haushalte für die soziale Sicherheit und die soziale Infrastruktur sowie Daseinsvorsorge.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

1-3a

Politik für Menschen mit Behinderungen

Berufliche Teilhabe für behinderte Frauen und Männer verbessern

Menschen mit Behinderungen sind am Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt.
Hier muss endlich entschieden gegengesteuert werden.

Der SoVD fordert:

- behinderte Menschen durch aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen, besonderen Focus auf Hartz IV-Beziehende, Frauen und ältere Menschen mit Behinderung richten,
- Verantwortung der Arbeitgeber zur Beschäftigung einfordern und unterstützen,
- Beschäftigungspflichtquote auf mindestens 6 Prozent anheben,
- Ausgleichsabgabe gezielt erhöhen,
- betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten für junge behinderte Menschen verbessern,
- Zugang zu hochwertiger Rehabilitation, insbesondere für ältere Menschen und Frauen, schaffen.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Gesetzlichen Mindestlohn einführen

Der SoVD fordert einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

- Als Lohnuntergrenze muss er die bestehenden Möglichkeiten zur Schaffung branchenspezifischer Mindestlöhne ergänzen.
- Er darf einen Stundenlohn von 8,50 Euro auf keinen Fall unterschreiten.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

6-2a

Vorrang für Arbeitslosenversicherung

Vor dem Hintergrund des fundamentalen Sozialabbaus der Hartz-Reformen ist das beitragsfinanzierte Sicherungssystem der Arbeitslosenversicherung mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Arbeitssuchende werden immer schneller durch die verkürzten Bezugszeiten in „Hartz IV“ gedrängt. Dies hat erheblich dazu beigetragen, dass die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust und dem damit verbundenen sozialen Abstieg in den letzten Jahren stetig wuchs.

Der SoVD fordert:

- Das gesamte System von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II muss dahingehend neu gestaltet werden, dass die Arbeitslosenversicherung faktisch wieder vorrangiges Sicherungssystem ist.
- Die Übergänge vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II müssen finanziell ausgeglichen werden.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Betreuungsgeld stoppen – Krippen und Kitas ausbauen

Ein Anspruch auf Betreuungsgeld soll ab dem 1. August 2013 bestehen. Die Eltern von Kindern im zweiten Lebensjahr sollen ein Betreuungsgeld von 100 Euro monatlich erhalten. Bedingung ist, dass sie kein staatlich gefördertes Betreuungsangebot in einer Kita oder bei einer von den Kommunen bezuschussten Tagesmutter bzw. bei einem Tagesvater in Anspruch nehmen. Ab 2014 soll das Betreuungsgeld auch für Kinder im dritten Lebensjahr gezahlt werden. Der Betrag wird dann auf 150 Euro monatlich angehoben.

Der SoVD fordert:

- das Betreuungsgeld zu stoppen,
- stattdessen Krippen und Kindertagesstätten auszubauen.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland

7-1a

Eigenständige Existenzsicherung von Frauen gewährleisten

Trotz verfassungsrechtlichem Gleichstellungsgebot (Artikel 3 des Grundgesetzes) sind Frauen im beruflichen Leben nach wie vor benachteiligt. Darüber hinaus befinden sich viele Frauen täglich im Spagat zwischen Familie und Beruf.

Der SoVD fordert:

- die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen zu schließen,
- die Gleichberechtigung im Berufsleben voranzutreiben,
- Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

2013

SoVD
Sozialverband
Deutschland